

PROTOKOLL

über die 7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle am Mittwoch, den
13.12.2017,
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: Rat/009/2017
Öffentliche Sitzung: 17:00 Uhr bis 20:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Malte Stakowski

stellv. Vorsitzender

Gerhard Boßmann

Mitglied CDU-Fraktion

Werner Altemöller
Mirco Bredenförder
Karl-Heinz Gerling
Bernd Gieshoidt
Heiko Christian Grube
Harald Kruse
Jan Lütkemeyer
Dieter Niermann
Günter Oberschmidt
Bürgermeister Reinhard Scholz
Thomas Schulke
Christian Terbeck
Christina Tiemann
Ingo Weinert
Herla Wendelin-Feindt
Michael Weßler

Mitglied SPD-Fraktion

Horst Ballmeyer
Jutta Dettmann
Wilhelm Hunting
Karin Kattner-Tschorn
Annegret Mielke
Uwe Plaß
Bernhard Schürmann
Axel Uffmann
Luc Van de Walle
Erich Walkenhorst

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Silke Meier
Alfred Reehuis
George Trenkler
Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Mittelberg
Peter Spiekermann
Ursula Thöle-Ehlhardt

Mitglied FDP-Fraktion

Johannes Marahrens
Heinrich Thöle

ab 17.10 Uhr

Mitglied DIE LINKE

Herbert Linnemann-Grundmann

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier
Stadtbaurat Holger Clodius
Stadtrat Dirk Hensiek
StOAR Klaus Leimbrock
StOAR Rainer Mallon
StOAR Karl-Wilhelm Möller
StOAR Uwe Strakeljahn
StOAR Andreas Sturm
StAR Jürgen Detmer
StAR Klaus-Peter Kugler
StAR Marco Schiller-Brinker
StAR Sandra Wiesemann
Dipl.-Ing. (FH) Torben Fuchs
Dipl.-Ing. Thomas Große-Johannböcke
M.Sc. Guido Kunze
StA Heike Wiesemann
Mediensprecher Jürgen Krämer
Verwaltungswirt Nils Oberschelp

ProtokollführerIn

StHS Kerstin Lehnig

Zuhörer

Presse

Meller Kreisblatt Herr Franken
bis ca. 18.00 Uhr
ca. 10 Personen

Zuhörer

Abwesend:

Mitglied CDU-Fraktion

Gerda Hövel

Mitglied SPD-Fraktion

Mathias Otto

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 18.10.2017
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege
Vorlage: 2017/0318
- TOP 7 Haushalt 2018
Vorlage: 2017/0297
- TOP 8 Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2016 - 2021
Vorlage: 2017/0298
- TOP 9 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2015 der Stadt Melle
Vorlage: 2017/0266
- TOP 10 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung für das Kalenderjahr 2018
Vorlage: 2017/0291
- TOP 11 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die Benutzung der Stadtentwässerung für das Kalenderjahr 2018
Vorlage: 2017/0292
- TOP 12 Satzung der Stadt Melle über die Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen (Hauskläranlagen und abflusslosen Sammelgruben) für das Kalenderjahr 2018
Vorlage: 2017/0293
- TOP 13 Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Melle
Vorlage: 2017/0305
- TOP 14 Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 2017/0316
- TOP 15 Verleihung einer Ehrenbezeichnung
Vorlage: 2017/0312
- TOP 16 Benennung von hinzugewählten Personen für den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration
Vorlage: 2017/0311
- TOP 17 Benennung eines Mitgliedes für den Verbandsausschuss des Unterhaltungsverbandes Nr. 96 "Hase-Bever"
Vorlage: 2017/0300
- TOP 18 Betrauung der Stadt Melle als Teil einer Gesamtbetrauung an den Tourismusverband Osnabrücker Land e.V. mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
Vorlage: 2017/0321
- TOP 19 Erlass einer Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von freilaufenden Katzen im Stadtgebiet von Melle
Vorlage: 2017/0249
- TOP 20 Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung im Gebiet der Stadt Melle
Vorlage: 2017/0250

- TOP 21 Prioritätenliste für das Gebäudemanagement
Vorlage: 2017/0275
- TOP 22 Bebauungsplan "Rahder Buckrich - östliche Erweiterung", Melle-
Neuenkirchen
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 2017/0289
- TOP 23 Bebauungsplan "Ortskern Riemsloh - 3. Änderung", Melle-
Riemsloh
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 2017/0290
- TOP 24 Bebauungsplan "An der blanken Mühle", Melle-Buer
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 2017/0296
- TOP 25 Abstufung der K208 - Hoyeler Straße zur Gemeindestraße
Vorlage: 2017/0211
- TOP 26 Bezuschussung der Meller Familienzentren
Vorlage: 2017/0295/1
- TOP 27 Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU/FDP Gruppe und der
der SPD-Fraktion zu den Anträgen "Ehrenamt" sowie "zentrale
Anlaufstelle für eine umfassende Demenz- und Pflegeberatung"
der CDU/FDP Gruppe
Vorlage: 2017/0324
- TOP 28 Festsetzung der Abgaben für die Benutzung der
Wasserversorgung im Kalenderjahr 2018
Vorlage: 2017/0284
- TOP 29 Wirtschaftsplan des Wasserwerks für das Jahr 2018
Vorlage: 2017/0285
- TOP 30 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender begrüßt alle Anwesenden. Er gratuliert den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten. Danach stellt er angesichts der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit von derzeit 36 Ratsmitgliedern und des Bürgermeisters die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die 7. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

- keine

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender teilt mit, dass **TOP 17** (Benennung eines neuen stellvertretenden hinzugewählten Mitgliedes für den Ausschuss für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing Vorlage 2017/0320) und **TOP 20** (Richtlinie über das Verfahren zur Erlangung der Befähigung für die Übertragung eines Amtes ab der Besoldungsgruppe A 14 auf Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 2 Vorlage 2017/0097) entfallen. Außerdem informiert er, dass Ratsfrau Dettmann bei **TOP 26** (Bezuschussung der Meller Familienzentren Vorlage 2017/0295/1) Berichterstatterin sei. Alle anwesenden Ratsmitglieder sind mit den Änderungen einverstanden. Anschließend stellt Vorsitzender die Tagesordnung ohne weitere Einwendungen und Ergänzungen fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 18.10.2017

Das Protokoll wird ohne Einwendungen mehrheitlich bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

- Herr Clodius berichtet, dass seit heute ein Untersuchungsbericht eines Sachverständigenbüros bzgl. der alten Turnhalle in Buer vorliege. Gegenstand der Bauwerksprüfung sei die Dachkonstruktion und insbesondere die Zwischendeckenkonstruktion gewesen. Aufgrund von Schadensfällen in Nordrhein-Westfalen habe das Niedersächsische Bauministerium die Bauaufsichtsbehörden aufgefordert, Untersuchungen durchzuführen. Herr Clodius erläutert, dass der Gutachter zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die Unterkonstruktion der abgehängten Decke und der Deckenstrahlplatten der Turnhalle in Buer erhebliche Mängel aufwiesen. Eine Standsicherung der gesamten Unterdecke sei somit nicht gewährleistet. Es werde daher empfohlen, unverzüglich eine statische Ertüchtigung vorzunehmen. Da man aufgrund dieser Einschätzung eine Gefahr für die Menschen in der Turnhalle nicht ausschließen könne, habe man sich entschlossen, die Turnhalle bis auf weiteres zu sperren. Herr Clodius teilt mit, dass man sich nun bautechnisch mit dem Thema befassen müsse. Zudem erfolge nun kurzfristig eine Absprache mit den Schulen und Vereinen bzgl. der Weiterführung der Trainings- und Spieltermine. In den nächsten Tagen und Wochen werde man sich den Sachstand gemeinsam mit Experten anschauen und ein Konzept erarbeiten, um den Schaden zu beheben. Abschließend informiert Herr Clodius, dass man derzeit noch keine Aussage

machen könne, ob in anderen Turnhallen ähnliche Schadensbilder vorlägen. Die politischen Gremien würden hierüber Anfang des nächsten Jahres informiert werden.

- Bürgermeister berichtet zum Thema "Schulsanierung", dass die Stadt Melle durch das kommunale Investitionsprogramm des Bundes (KIP II), einen Betrag in Höhe von rd. 515.000,00 € erhalten werde. Der Landkreis Osnabrück habe zudem angekündigt, ein eigenes Schulsanierungsprogramm in der kommenden Sitzung des Kreistages zu beschließen. Alleiniges Kriterium für die Verteilung der Mittel sollen die Schülerzahlen sein. Die genaue Höhe der Beträge liege derzeit noch nicht vor. Die zweckgebundenen Mittel ständen unmittelbar zur Verfügung. Der Einsatz eines Eigenanteils sei nicht notwendig und die Mittel können auch für bereits abgeschlossene Maßnahmen verwendet werden. Sollte die Höhe der Schulsachkostenregelung zugrunde gelegt werden, könne die Stadt Melle mit einem Betrag in Höhe von ca. 500.000,00 € rechnen.

- Bürgermeister informiert, dass die Stadt Melle im Jahr 2019 auf eine 850-jährige Geschichte zurückblicken könne. Das Jubiläumsprogramm werde in den kommenden Monaten von einer Projektgruppe erarbeitet. Zu Beginn des Jahres werde man dann mit Mitgliedern des Fachausschusses und des Ortsrates in die Konkretisierung einsteigen. Die Feierlichkeiten sollen dann vom 28.06. – 30.06.2019 stattfinden.

- Herr Boßmann erkundigt sich zum Sachstand bzgl. des im Juni dieses Jahres gestellten Antrages zur Wiedereinführung des historischen MEL Kfz-Kennzeichens. Bürgermeister informiert, dass eine formale Antwort nicht vorliege. Aufgrund des im Juni gefassten Beschlusses habe er den Landrat angeschrieben und den einstimmigen Beschluss zur Kenntnis gegeben. Zudem habe er diesbzgl. Gespräche geführt. Es sei geplant, in der ersten Sitzung des Kreistages 2018 das Thema zur Beratung und Entscheidung zu bringen.

TOP 6 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege Vorlage: 2017/0318

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation (s. Anlage 1).

Herr Hunting teilt mit, dass seine Fraktion der Meinung sei, dass mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag eine belastbare Basis geschaffen werde. Der Landkreis Osnabrück und die Städte und Gemeinden würden sich so auf eine anteilige Finanzierung der Betriebskosten einigen und bekämen dadurch Planungssicherheit. Mit der derzeit noch gültigen Vereinbarung habe der Landkreis Osnabrück den Städten und Gemeinden die anfallenden Betriebskosten anteilmäßig übertragen. Im Gegenzug sei die Kreisumlage angepasst worden. Seit Jahren könne eine steigende Belastung der Städte und Gemeinden durch die Kita-Aufwendungen beobachtet werden. Der Landkreis Osnabrück habe sich erstmals vor ca. fünf Jahren aufgrund einer politischen Intervention mit 1,0 Mio. € beteiligt. Im letzten Jahr habe der Landkreis diesen Betrag auf 5,0 Mio. € erhöht. Heute spreche man über eine neue öffentlich-rechtliche Vereinbarung, obwohl die alte noch bis zum Jahr 2019 gültig gewesen wäre. Dieses zeige, dass der Landkreis die Aufgaben in diesem Bereich sehr ernst nehme. Herr Hunting betont, dass es wichtig sei, eine Planungssicherheit zu haben. Diese sei nicht gegeben, wenn man in zwei bis drei Jahren neu verhandeln müsse. Die Vereinbarung reduziere die Aufwendungen der Kommunen. Zudem enthalte der Vertrag eine Öffnungsklausel, die es möglich mache, neu zu verhandeln, wenn sich Rahmenbedingungen ändern würden. Die Kritik an der zeitlichen Kürze des Meinungsbildungsprozesses sei für ihn nicht verständlich. Schon seit mindestens einem

halben Jahr sei bekannt, dass eine Änderung geplant sei. Seine Fraktion werde der vorliegenden Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Wüsthube betont, dass es wichtig und sinnvoll sei, mit Steuergeldern Krippen, Schulen, Universitäten usw. zu finanzieren. Dabei gehe es um eine gemeinsame Investition in die Zukunft. Zuständig für Krippen und Kindergärten sei eigentlich der Landkreis. Diese Aufgabe sei jedoch an die Kommunen abgegeben worden und die Kreisumlage im Gegenzug gesenkt worden. Die Zuschüsse für die laufenden Betriebskosten würden mit knapp 8,0 Mio. € gerechnet werden. Derzeit würden 1.844 Kinder in 92 Gruppen betreut. Der Kostendeckungsgrad habe 2016 mit den Zuschüssen des Landkreises bei ca. 19% gelegen. Herr Wüsthube unterstreicht, dass er es für sinnvoll halte, dass die Aufgabenwahrnehmung für die institutionelle Kinderbetreuung und die Betreuung in Kindertagespflege bei den Kommunen bleibe. Es wäre jedoch schön gewesen, wenn die Beteiligung des Landkreises, wie von den Bürgermeistern des Landkreises erhofft, bei rd. 50% gelegen hätte. Die Höhe der Zahlungen für 2017 käme nur durch Sonderzahlungen zustande. Bereits im Jahr 2018 würden diese Einmalzahlungen entfallen, der Kostendeckungsgrad liege dann bei 37% und sinke bis 2020 auf ca. 32%. Dieses gelte für den Krippen- und Kindergartenbereich. Die Kostenübernahme für die Kindertagespflege sinke von derzeit 91% auf 86%. Bei einer möglichen Erhöhung des Pflegegeldes müssen dies die Kommunen übernehmen. In dem Beschlussvorschlag sei eine jährliche Steigerung von 2% vorgesehen. Im Haushaltsentwurf rechne die Stadt Melle jedoch mit einer Steigerung von 5% pro Jahr. Mögliche Zuschüsse des Landkreises für Investitionen bei z. B. An- und Umbauten, seien gar nicht vorgesehen. Da auch die jeweiligen Träger hiervon zukünftig nichts übernehmen, müsse die Stadt Melle die Kosten alleine tragen. Man müsse sich zudem auf Veränderungen einstellen. So wolle das Land Niedersachsen die Elternbeiträge für das erste und zweite Kindergartenjahr übernehmen. Die gezahlten Summen würden sich jedoch an Mindeststandards orientieren und seien für die Stadt Melle nicht ausreichend. Herr Wüsthube teilt mit, dass die angepeilte Laufzeit bis 2022 zu lang sei. Er stellt den Antrag, dass im Beschlussvorschlag unter 2.) das Ende des Zeitraums auf den 31.12.2019 geändert werden solle.

Frau Wendelin-Feindt erinnert, dass 21 Kommunen die aufgeführten Punkte nach bestem Wissen und Gewissen verhandelt hätten. Jeder müsse bereit sein, Kompromisse einzugehen. Ihre Fraktion werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Weßler dankt Bürgermeister für das gute Verhandlungsergebnis.

Frau Mielke teilt mit, dass die Kreistagsmitglieder den Landkreis Osnabrück bei der Verhandlung des Vertrags unterstützen und bittet um Zustimmung. Sie gibt zu bedenken, dass man bei einer Zustimmung zum Änderungsantrag die Finanzierung aller beteiligten Kommunen gefährden würde.

Vorsitzender teilt mit, dass er zunächst über den vorliegenden Beschlussvorschlag einschließlich dem folgenden Änderungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zu Punkt 2.) abstimmen lassen werde:

2.) Bürgermeister Reinhard Scholz wird ermächtigt, die entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung (Anlage) für den Zeitraum 01.01.2017 bis 31.12.2019 mit dem Landkreis Osnabrück abzuschließen.

Der Rat der Stadt Melle beschließt mit fünf Ja-Stimmen und 33 Nein-Stimmen den Änderungsantrag

abzulehnen.

Anschließend lässt Vorsitzender über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst mit 33 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und vier Enthaltungen folgenden

Beschluss:

- 1.) Die Kinderbetreuung im Landkreis Osnabrück wird, wie in der Vorlage dargestellt, neu geregelt. Es gelten folgende Eckpunkte:
 - a) Die Aufgabenwahrnehmung für die institutionelle Kinderbetreuung und die Betreuung in Kindertagespflege verbleibt bei den kreisangehörigen Kommunen.
 - b) Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben stellt der Landkreis Osnabrück den kreisangehörigen Kommunen eine finanzielle Förderung in 2017 in Höhe von insgesamt 24,7 Mio. € (5,9 Mio. € für Kindertagespflege und 18,8 Mio. € für institutionelle Kinderbetreuung) zur Verfügung. Dieser Betrag wächst in den kommenden fünf Jahren (bis 2022) um 2 % der finanziellen Förderung 2017 – ohne Sonderzahlung -, mithin um 494.000 € pro Jahr, an.
 - c) Die Verteilung dieser Mittel an die kreisangehörigen Kommunen erfolgt – nach einer Übergangsfrist – ab 2020 mittels eines pauschalen Betrags pro Kind im Alter von 0-13 Jahren. Für die Jahre bis 2020 wird ein Übergangsmodell angewandt.
 - d) Zusätzlich zu den unter b) genannten Beträgen erhalten die kreisangehörigen Kommunen einmalig in 2017 eine Sonderzahlung in Höhe von insgesamt 5,0 Mio. €.
 - e) Eine Revisionsklausel stellt sicher, dass auch während der Laufzeit über die Finanzstruktur der Vereinbarung neu verhandelt werden kann.
 - f) Alle Kommunen stimmen der Vereinbarung bis zum 31.12.2017 zu.
- 2.) Bürgermeister Reinhard Scholz wird ermächtigt, die entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung (Anlage) für den Zeitraum 01.01.2017 bis zum 31.12.2022 mit dem Landkreis Osnabrück abzuschließen.

TOP 7 Haushalt 2018 Vorlage: 2017/0297

Beginnend teilt Herr Kruse mit, dass die finanzielle Situation der Stadt Melle derzeit gut sei. Man habe hohe Steuereinnahmen und laufende Erträge und könne so die vielfältigen Aufgaben und Investitionen finanzieren. Es gäbe jedoch keinen Grund zur Euphorie. Neben guten Einnahmen stände auch die Leistungsfähigkeit der Kommunen auf der Agenda. Diese Leistungsfähigkeit sei jedoch nicht so ausgeprägt, wie es das Finanzvolumen darstelle. Heute wolle man über einen positiven Haushalt für 2018 entscheiden. Man lege dabei besonderen Wert auf Investitionen in Schulen, Kitas, Sportanlagen, Feuerwehrhäusern und Kläranlagen. Auch in Straßen, Gewerbegebiete und den Wohnungsbau werde investiert. Die Kosten im Personalbereich und bei den Kindertagesstätten würden Erhöhungen mit sich bringen. Derzeit könne man all dieses durch Steuereinnahmen und zusätzliche Zuweisungen von Kreis, Land und Bund finanzieren. Zudem könnten verschiedene Fördergelder genutzt werden. Trotzdem könne man die Schulden nicht zurückfahren. Im Anschluss erläutert Herr Kruse die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation (s. Anlage 2).

Anschließend betont er, dass man aufgrund der derzeitigen guten Konjunktur und der Steuereinnahmen die Mittel ohne weitere Schuldenaufnahmen so planen könne. Dieses sei jedoch nicht mehr möglich, wenn sich die finanziellen Rahmenbedingungen in der Stadt Melle, dem Landkreis Osnabrück, dem Land Niedersachsen, dem Bund, Europa oder weltweit erheblich negativ verändern. Zudem sei es wichtig, dass die Maßnahmen durch motivierte Mitarbeiter umgesetzt würden. Herr Kruse informiert abschließend, dass die finanzpolitischen Sprecher aller Gruppen und Fraktionen im Rat der Stadt Melle sich in einer interfraktionellen Runde auf die Einbringung des vorliegenden Haushaltsentwurfes 2018 verständigt hätten. Er dankt allen Beteiligten für die gute Vorbereitung des Haushaltes 2018. Herr Hunting betont, dass man eine sehr konstruktive, einvernehmliche Haushaltsberatung gehabt habe. Dieses sei der guten Einnahmesituation der Stadt Melle, der guten Vorbereitung durch die Verwaltung sowie dem neuen Steuerungskonzept geschuldet. Im Wesentlichen würde so das heute vorliegende Haushaltskonzept von allen getragen werden. Besonders wichtig für seine Fraktion und die Stadtentwicklung seien die Themen „Bildung“ und „Betreuung“. Dadurch würden die Betreuungsangebote und die Tagespflege durch die Schaffung von neuen räumlichen Voraussetzungen sowie qualifizierten Angeboten gesichert. Wichtig seien auch der bedarfsgerechte Ausbau und die Sanierung der Schulen. Auch das Investitionsprogramm bei den Feuerwehrhäusern und der Abbau des Sanierungsstaus bei den öffentlichen Gebäuden seien umzusetzen. Zudem müsse man sich der Aufgabe einer bedarfsgerechten Wohnraumsicherung und dem weiteren Ausbau des Gewerbestandortes Melle stellen. Daher sei es wichtig, eine solide und generationsgerechte Haushaltspolitik weiterhin im Blick zu haben. Herr Hunting ist der Meinung, dass sich die tatsächliche Haushaltssituation vermutlich positiver als geplant darstellen werde. Natürlich habe man auch 2018 ein hohes Saldo für Investitionstätigkeiten. Bzgl. des Schuldenstandes gehe er davon aus, dass man die Höhe von 50,0 Mio. € nicht wesentlich übersteige. Das Bilanzvolumen sowie die Eigenkapitalquote etc. zeigten bei der Betrachtung der letzten und nächsten fünf Jahre ein positives Bild auf. Auch die Zinsaufwendungen seien derzeit auf einem historisch niedrigen Stand. Zum Thema „Sanierungsstau“ teilt Herr Hunting mit, dass die vorliegende Prioritätenliste alle notwendigen Maßnahmen darstelle, für ihn jedoch keinen neuen Sachverhalt aufzeige. Anhand der Liste könne man jetzt ein Konzept erstellen, um die Maßnahmen abzuarbeiten. Außerdem habe man ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau der Kitas gelegt. Das Ziel sei, alle Kitabedarfsplätze abzudecken. Bzgl. der ILE-Projekte teilt er mit, dass er froh sei, dass die Co-Finanzierung transparent, unter Einbeziehung der Entscheidungsgremien zu erfolgen habe. Seine Fraktion unterstütze ausdrücklich das Projekt „Personalentwicklungsplanung“. Man müsse zwar die Personalaufwendungen im Blick haben, jedoch hätten sich die Anforderungen geändert und man müsse darauf reagieren. Abschließend unterstreicht Herr Hunting, dass der Haushaltsplan 2018 eine gute Grundlage für eine prosperierende Entwicklung der Stadt Melle sei. Er dankt allen Beteiligten für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Herr Reehuis bedankt sich beginnend bei dem zuständigen Fachbereich für die gut erarbeiteten Vorlagen und die Beantwortung zusätzlicher Fragen. Auch die Beratungen zwischen den Fraktionen seien sehr konstruktiv verlaufen. Heute könne man aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung einen positiven Haushalt verabschieden. Die Steuereinnahmen betrügen lt. Schätzungen ab 2018 über 60,0 Mio. €. Hinzu kämen die Zuwendungen und Umlagen mit einer deutlich positiven Entwicklung. Insgesamt betrügen die ordentlichen Erträge über 90,0 Mio. € mit steigender Tendenz für die nächsten Jahre. Diese Entwicklung sei u. a. auch auf die moderate Erhöhung der Hebesätze im Doppelhaushalt 2016/2017 zurückzuführen. Man erwarte in den nächsten Jahren Einnahmen durch Gewerbesteuer in Höhe von über 30,0 Mio. €. Dieses hätte natürlich auch Auswirkungen auf die Kreisumlage. Diese sei von 23,5 Mio. € im Jahr 2016 auf 26,0 Mio. € im Jahr 2018 gestiegen und erhöhe sich danach jährlich um ca. 1,0 Mio. €. Diese Einnahmen könne der Landkreis für weitere Investitionen einsetzen. Im Zusammenhang mit dem gerade gefassten Beschluss zur Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und

Kindertagespflege könne man feststellen, dass diese Aufwendungen durch die Mehreinnahme durch die Kreisumlage gedeckt seien.

Herr Reehuis stellt fest, dass die Kitas originäre Aufgaben des Landkreises sei. Man übernehme diese Aufgabe zwar gerne, jedoch sei man mit der Neuregelung von einer Kostenübernahme durch den Landkreis weit entfernt. Dabei gehe es nur um die laufenden Kosten. Investitionskosten müsse die Stadt Melle alleine übernehmen und man sei froh, diese im Haushalt dargestellt und die Finanzierung sichergestellt zu haben. Weitere Investitionen seien im Haushalt u. a. für Schulsanierungen, Feuerwehrfahrzeuge und -gebäude, Turnhallen, Kläranlagen und den Breitbandausbau vorgesehen. Dieses seien alles Investitionen für die Zukunft und zur Beseitigung des aufgelaufenen Investitionsstaus. Herr Reehuis weist darauf hin, dass er aufgrund der personellen Situation Schwierigkeiten bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen sehe. Ggf. müsse hier für die Personalgewinnung über ein Anreizsystem nachgedacht werden. Man sollte nicht außer Acht lassen, dass trotz der hohen Investitionen eine Rückführung der Verschuldung um 1,6 Mio. € geplant sei. Abschließend teilt er mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Stakowski übergibt den Vorsitz an Herrn Boßmann.

Herr Spiekermann betont, dass es durch die frühe Einbindung der Politik eine gute Beratungsentwicklung bzgl. des Haushalts 2018 gegeben habe. Dafür bedanke er sich bei der Verwaltung. Gemeinsam habe man so Strukturen und Kriterien erarbeiten können. Dieses sei für die Bürger transparent und nachvollziehbar. Parallel habe man eine Übersicht über die im nächsten Jahr entstehenden Investitionen erstellt. Es sei wichtig, den Investitionsstau mit aller Konsequenz, jedoch mit Augenmaß abzuarbeiten. Es müsse jetzt in Schulen, Kitas, Feuerwehrhäuser, Datennetze, kulturelle Einrichtungen usw. auch für die nachfolgenden Generationen investiert werden. Dabei gehe es nicht um Luxusprojekte, sondern um Standards, welche den heutigen Bedürfnissen gerecht würden. Die Kostenexplosion im Kita-Bereich nehme man jedoch mit Sorge zur Kenntnis. Es sei zwar gelungen, den Landkreis dort stärker in die Verantwortung für die Finanzierung zu nehmen. Dieses sei jedoch nur eine kurzfristige Entlastung und zukünftig werde eine stärkere Beteiligung des Landkreises notwendig sein. Abschließend teilt Herr Spiekermann mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Stakowski übernimmt wieder den Vorsitz.

Frau Tiemann unterstreicht, dass es wichtig sei, dass die in den Beratungen für den Haushalt 2018 vorgenommenen Aufgaben des umfangreichen Investitionsprogramms umgesetzt würden. Im Ergebnishaushalt für 2018 seien die Ausgaben für den Kita-Bereich in Höhe von 9,38 Mio. € nach den Personalaufwendungen die größte Position und es werde dort in den nächsten Jahren mit einer Kostensteigerung in Höhe von mindestens 5 % gerechnet. Frau Tiemann betont, dass wohl niemand vor Jahren damit gerechnet hätte, dass sich gerade die Anforderung der Betreuung der unter sechsjährigen Kindern so gravierend verändere. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gebe dieses jedoch vor. Dazu gehören auch die Ganztagsbetreuung und der Rechtsanspruch für die Betreuung ab der Vollendung des ersten Lebensjahres. Dieses seien große Aufgaben, die ihre Fraktion unterstütze. Man verdanke den Meller Bürgern und der Wirtschaft die derzeitige hervorragende Einnahmesituation. Nach Berücksichtigung der zu zahlenden Abgaben blieben 36,9 Mio. € übrig. Die Stadt Melle habe viele Gebäude, die in einem überschaubaren Zeitraum den heutigen Standards angepasst werden müssen. Deshalb sei es wichtig, vorrangig in die Infrastruktur zu investieren. In den nächsten Jahren habe man sich viele Aufgaben gestellt. Bei dem vorhergesagten gleichbleibenden Wirtschaftswachstum und entsprechenden Steuereinnahmen könne man diese umsetzen. Abschließend teilt Frau Tiemann mit, dass ihre Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimme.

Herr Thöle informiert, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimme. Die Stadt Melle habe im Jahr 2017 Rekordsteuereinnahmen erhalten und er hoffe, dass dieses auch in den nächsten Jahren so weitergehe. Er bemerkt, dass die Stadt Melle leider auch Rekordausgaben habe. Die Verschuldung werde in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Sollte es zu mittelfristigen Einnahmeausfällen kommen, habe man entsprechend höhere Schulden. Auch müsse bedacht werden, dass jeder Neu- und Anbau langfristig hohe Kosten verursache. Daher müsse seiner Meinung nach überlegt werden, ob es in Einzelfällen nicht andere Lösungen, wie z. B. vorübergehende Unterbringung in Containern, gebe. Herr Thöle unterstreicht, dass in diesem Jahr viele kostenintensive Maßnahmen gemeinsam beschlossen worden seien. Den Meller Bürgern müsse jedoch auch klar gemacht werden, dass nicht jede Maßnahme sofort umgesetzt werden könne. Zuerst müssten die Pflichtaufgaben abgearbeitet und finanziert werden. Er weist erneut auf die extrem ansteigenden Personalkosten hin. Gemeinsam müsse man überlegen, wie diese Explosion gestoppt werden könne. Seine Fraktion sehe jedoch auch, dass in einigen Bereichen Personal fehle. Dadurch könnten Arbeiten teilweise nicht zeitnah abgearbeitet werden. Hier nennt er als Beispiel die Arbeiten an der Oberschule Neuenkirchen. Abschließend bedankt sich Herr Thöle bei allen Mitarbeitern der Stadt Melle für die geleistete Arbeit und stellt fest, dass der vorliegende Haushaltsentwurf 2018 zwar Risiken berge, jedoch solide und vernünftig aufgestellt sei.

Herr Boßmann teilt mit, dass man hoffe, dass die im Haushaltsentwurf 2018 prognostizierte Höhe der Einnahmen so eintrete und die wirtschaftliche Lage auch weiterhin gut bleibe. Festzustellen sei, dass viele Sanierungsmaßnahmen in der Stadt Melle notwendig seien und ständig neue hinzukämen. Es stelle sich die Frage, wie es zu dieser Situation gekommen sei. Sehr erfreulich sei, dass man in der Stadt Melle eine hohe Betreuungs- und Bildungsdichte habe. Es sei wichtig, dass ausreichend Kita- und Krippenplätze zur Verfügung gestellt würden. Dort sei man bereits auf einem sehr guten Weg. Herr Boßmann stellt abschließend fest, dass es, trotz kritischer Betrachtungen, ein Einvernehmen mit allen im Rat der Stadt Melle vertretenden Fraktionen über den Haushalt 2018 gegeben habe.

Herr Altemöller teilt mit, dass er im Haushaltsentwurf 2018 den Kindergarten- und Krippenausbau in den einzelnen Ortsteilen nicht ausreichend finanziell berücksichtigt sehe. Man wisse, dass die Bedarfe in diesem Bereich weiter steigen. Durch den vorliegenden Haushaltsentwurf würden alle Dauerlösungen vorläufig nach hinten verschoben. Sollten die Kindergärten, Krippen und Grundschulen nicht in größerem Maße unterstützt werden, nehme man den Stadtteilen die Zukunft. Zudem bemängelt Herr Altemöller, dass man im Ortsrat Wellingholzhausen den Antrag gestellt habe, eine ca. 30 Jahre alte Baustraße im Industriegebiet fertig zu stellen, auch dieses sei nicht im Haushaltsentwurf berücksichtigt worden.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2018 wird in der beigefügten Fassung (Anlage 1 der Erläuterungen) beschlossen.

Abschließend stellt Vorsitzender fest, dass die Haushaltssatzung die zentrale Weichenstellung für die Zukunft der Stadt Melle sei. Bemerkenswert sei, dass hier, ohne vorhandene Kritikpunkte auszublenden, ein parteiübergreifender Konsens in Zusammenarbeit mit der Verwaltung gelungen sei. Er bedauere, dass bei so einer bedeutenden Beschlussfassung die Presse nicht mehr anwesend sei. Daher bittet er den Bürgermeister, die Presse über den Verlauf und die Bedeutung dieses Beschlusses zu informieren.

TOP 8 Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2016 - 2021
Vorlage: 2017/0298

Herr Kruse erläutert die Informationsvorlage.

Alle anwesenden Mitglieder des Rates der Stadt Melle nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 9 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2015 der
Stadt Melle
Vorlage: 2017/0266

Herr Kruse erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst mehrheitlich bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle nimmt den Konsolidierten Gesamtabchluss 2015 des Konzerns Stadt Melle sowie den Prüfungsbericht über die Prüfung des Abschlusses zur Kenntnis.

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Gesamtabchluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2014 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1).

Gemäß § 129 Abs. 1. Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) wird dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

TOP 10 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Gebühren für die
Benutzung der Straßenreinigung für das Kalenderjahr 2018
Vorlage: 2017/0291

Herr Kruse erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die im Entwurf beigefügte „Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Gebühren für die Benutzung der Straßenreinigung für das Kalenderjahr 2018“ wird als Satzung beschlossen. Der Gebührensatz für das Kalenderjahr 2018 wird unverändert mit 1,64 Euro je lfd. Meter Straßengrundstücksfront festgesetzt.

**TOP 11 Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die
Benutzung der Stadtentwässerung für das Kalenderjahr
2018
Vorlage: 2017/0292**

Herr Kruse erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Entwurf beigefügte „Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die Benutzung der Stadtentwässerung für das Kalenderjahr 2018“ wird als Satzung beschlossen.

Die Kanalbenutzungsgebühr wird für das HH-Jahr 2018 von 2,95 Euro je cbm Abwasser um 0,15 Euro auf 2,80 Euro je cbm Abwasser gesenkt.

Der Beitragssatz zur Deckung des Aufwandes für die zentrale Schmutzwasserkanalisation pro qm Beitragsfläche – Vollgeschossmaßstab – wird für das HH-Jahr 2018 von 8,98 Euro um 0,06 Euro auf 9,04 Euro festgesetzt. Der Beitragssatz zur Deckung des Aufwandes für die zentrale Niederschlagswasserkanalisation pro qm Beitragsfläche - Grundstücksflächenmaßstab – wird für das HH-Jahr 2018 von 2,98 Euro um 0,04 Euro auf 3,02 Euro angepasst.

**TOP 12 Satzung der Stadt Melle über die Gebühren für die
Beseitigung von Abwasser aus
Grundstücksabwasseranlagen (Hauskläranlagen und
abflusslosen Sammelgruben) für das Kalenderjahr 2018
Vorlage: 2017/0293**

Herr Kruse erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Entwurf beigefügte „Satzung der Stadt Melle über die Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) für das Kalenderjahr 2018“ wird als Satzung beschlossen.

Die Benutzungsgebühr für die Entsorgung des Fäkalschlammes aus Hauskläranlagen wird für das HH-Jahr 2018 von 44,00 Euro je cbm Abwasser um 0,80 Euro auf 43,20 Euro je cbm Abwasser gesenkt. Der Gebührensatz für die Entsorgung des Abwassers aus abflusslosen Gruben für das HH-Jahr 2018 wird von 24,30 Euro je cbm Abwasser um 0,10 Euro auf 24,20 Euro je cbm Abwasser angepasst.

**TOP 13 Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der
Stadt Melle
Vorlage: 2017/0305**

Herr Kruse erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die im Entwurf beigefügte „Satzung über die Erhebung von Friedhofsgebühren in der Stadt Melle mit Gebührentarif“ (Anlage 5) wird als Satzung beschlossen.

Die Planungsrechnung des Gebührenhaushaltes „Friedhöfe“ ist jährlich zu aktualisieren. Die Gebührenhöhe wird jährlich neu festgelegt, mit dem Ziel die strategischen Kostendeckungsgrade zu erreichen bzw. beizubehalten.

**TOP 14 Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 2017/0316**

Herr Kruse erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Annahme und Vermittlung von Zuwendungen i.S.v. § 111 Abs. 7 NKomVG gemäß der den Erläuterungen beigefügten Anlage 1 für die Stadt Melle.

**TOP 15 Verleihung einer Ehrenbezeichnung
Vorlage: 2017/0312**

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Kattner-Tschorn ergänzt, dass der Ortsrat Oldendorf der Verleihung des Titels „Ehrenortsbürgermeister“ an Herrn Peter Bungard einstimmig befürworte und bittet um Zustimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herrn Peter Bungard, Am Freibad 27, 49324 Melle wird der Titel „Ehrenortsbürgermeister“ des Stadtteils Oldendorf verliehen.

TOP 16 Benennung von hinzugewählten Personen für den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration
Vorlage: 2017/0311

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration werden als hinzugewählte Personen des Jugendparlamentes Frau Laura Schäfer sowie als ihre Vertreterin Frau Lina Hülsmann benannt.

Die bisherigen hinzugewählten Personen, Herr Elias Stieve-Dawe und Axel Pohnke, werden abberufen.

TOP 17 Benennung eines Mitgliedes für den Verbandsausschuss des Unterhaltungsverbandes Nr. 96 "Hase-Bever"
Vorlage: 2017/0300

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Hendrik Brinkmann, 49326 Melle wird als Mitglied für die neue Amtszeit des Verbandsausschusses des Unterhaltungsverbandes Nr. 96. „Hase-Bever“ benannt.

TOP 18 Betrauung der Stadt Melle als Teil einer Gesamtbetrauung an den Tourismusverband Osnabrücker Land e.V. mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
Vorlage: 2017/0321

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Vorsitzender erklärt, dass sich der vorliegende Beschlussvorschlag aus sechs Teilen zusammensetze und mit Einverständnis der Ratsmitglieder über den gesamten Beschlussvorschlag abgestimmt werden könne. Alle anwesenden Ratsmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Melle betraut den Tourismusverband Osnabrücker Land für die Dauer von 5 Jahren befristet nach Maßgabe des den Erläuterungen als **Anlage 1** beigefügten Betrauungsaktes.
2. Der Rat der Stadt Melle verpflichtet den Vertreter der Stadt Melle in der Mitgliederversammlung des Tourismusverbandes Osnabrücker Land e.V.
 - a) auf die Einhaltung des Sicherstellungsauftrages nach § 2 des Betrauungsaktes und
 - b) auf die Erbringung der in § 3 des Betrauungsaktes aufgeführten Dienstleistungen

- hinzuwirken.
3. Der Rat der Stadt Melle nimmt die erforderliche Änderung der Verbandssatzung des Tourismusverbandes Osnabrücker Land e.V. laut der den Erläuterungen beigefügten **Anlage 2** zur Kenntnis und weist die in die Mitgliederversammlung entsandten Vertreter an, dort jeweils auf eine Umsetzung des Betrauungsaktes durch Änderung der Verbandssatzung bis spätestens 31.12.2018 dergestalt hinzuwirken, dass die Mitgliederversammlung durch jeweiligen Beschluss eine entsprechende Weisung des Vorstands an die jeweilige Geschäftsführung erteilt. Sie werden außerdem angewiesen, alle in Verbindung mit dem Beschluss des Betrauungsaktes erforderlichen Regelungen zu treffen, insbesondere die in diesem Zusammenhang erforderlichen rechtsverbindlichen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen, die in dem Zusammenhang mit dem Betrauungsakt erforderlich und/oder zweckmäßig erscheinen.
 4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Betrauungsakt als Verwaltungsakt an den Tourismusverband Osnabrücker Land e.V. zu erlassen und bekannt zu geben.
 5. Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundsbeamten, die Aufsichtsbehörden oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen an dem Betrauungsakt und/oder der Vereinssatzung als notwendig oder zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Melle mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses und dessen Anlage sowie die Satzung des Tourismusverbandes Osnabrücker Land e.V. nicht verändert werden.
Der Bürgermeister wird außerdem ermächtigt, den in der den Erläuterungen beigefügten **Anlage 1** zur Beschlussvorlage Nr. 2017/0321 beigefügten Betrauungsakt während seiner Laufzeit im Rahmen der künftigen Rechtsentwicklung den jeweiligen Erfordernissen anzupassen.
 6. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der **Landkreis Osnabrück** sowie die **Städte und Gemeinden bzw. Samtgemeinden** Stadt Osnabrück, Gemeinde Bad Essen, Stadt Bad Iburg, Gemeinde Bad Laer, Gemeinde Bad Rothenfelde, Gemeinde Belm, Gemeinde Bissendorf, Gemeinde Bohmte, Stadt Bramsche, Stadt Dissen, Stadt Georgsmarienhütte, Gemeinde Glandorf, Gemeinde Hagen, Gemeinde Hasbergen, Gemeinde Hilter, Gemeinde Ostercappeln, Gemeinde Wallenhorst, Samtgemeinde Artland, Samtgemeinde Bersenbrück, Samtgemeinde Fürstenau, Samtgemeinde Neuenkirchen sowie die im **Zweckverband** „Erholungsgebiet Hasetal“ zusammengeschlossenen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden Stadt Meppen, Stadt Haselünne, Samtgemeinde Herzlake, Stadt Lönigen, Gemeinde Essen, Gemeinde Lindern, Gemeinde Lastrup, Samtgemeinde Artland, Samtgemeinde Bersenbrück gleichlautende Beschlüsse fassen.

TOP 19 Erlass einer Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von freilaufenden Katzen im Stadtgebiet von Melle
Vorlage: 2017/0249

Herr Walkenhorst erläutert die Beschlussvorlage.

Frau Meier teilt mit, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion bereits im Jahr 2014 diesbzgl. einen Antrag gestellt habe. Damals habe man aufgrund einer Novelle des Tierschutzgesetzes die Subdelegationsverordnung des Landes abwarten müssen. Sie bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern, die mit Interesse das Thema begleitet haben. Inhaltlich sei man sich schnell einig gewesen, dass Tierschutz durch Kastrations- und Kennzeichnungspflicht eine gute Sache sei.

Herr Grube informiert, dass seine Fraktion anlässlich der Vorbereitung zur Kommunalwahl dem Tierschutzverein einen Besuch abgestattet habe. Dieses sei dann zum Anlass genommen worden, nochmals einen entsprechenden Antrag zu stellen. Man sei der festen Überzeugung, dass das eine gute Maßnahme für den Tierschutz sei. Er dankt ausdrücklich den ehrenamtlich Tätigen des Meller Tierschutzvereines und bittet darum, diese weiterhin bei ihren Aufgaben zu unterstützen.

Herr Mittelberg teilt mit, dass seine Fraktion sich bei der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion für die Beharrlichkeit bedanke, damit dieses Anliegen zum Erfolg gebracht werden konnte.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt den Erlass einer Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von freilaufenden Katzen im Stadtgebiet von Melle. Die Verordnung tritt am 01.01.2018 in Kraft.

**TOP 20 Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung im Gebiet der Stadt Melle
Vorlage: 2017/0250**

Herr Walkenhorst erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Trenkler teilt mit, dass seine Fraktion es bedauere, dass bei §10 die Anzeigepflicht bei Osterfeuern nicht mit aufgenommen worden sei. Seiner Meinung nach handele es sich bei Osterfeuern ebenso wie bei Johannisfeuern um Brauchtumsfeuer und diese müssten gleich behandelt werden. Ohne eine entsprechende Anzeigepflicht von Osterfeuern könnte auch keine Kontrolle der Brennmaterialien erfolgen. Dieses sei jedoch in Hinblick auf die Feinstaubbelastung und als Rücksichtsmaßnahme für an Atemwegserkrankungen leidenden Bürgerinnen und Bürger wichtig.

Herr Marahrens stimmt der Aussage von Herrn Trenkler zu und teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Herr Kruse weist darauf hin, dass bei einer Anzeigepflicht auch Kontrollen notwendig seien. Personell könne dieses jedoch nicht geleistet werden.

Herr Trenkler beantragt, dass die vorgebrachte Änderung als Antrag aufgenommen werden solle.

Herr Reehuis ergänzt, dass es unter § 10 (3) lt. Änderungsantrag heißen solle: (3) *Osterfeuer sind anzeigepflichtig.*

Vorsitzender lässt über den Änderungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle beschließt mit zehn Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Änderungsantrag

abzulehnen.

Anschließend lässt Vorsitzender über den vorliegenden ursprünglichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst mit 29 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt den Erlass einer Verordnung über den Schutz der Verkehrsflächen und Anlagen, das Führen und Halten von Hunden und anderen Tieren, die Anbringung von Hausnummern, das Aufstellen von Abfallbehältern bei Verkaufsgeschäften und neben Warenautomaten, das Reinigen und Reparieren von Fahrzeugen, die Benutzung von Kinderspielgeräten und Kinderspielplätzen, die Benutzung öffentlicher Gewässer, das Taubenfütterungsverbot, das Abbrennen von Feuern und die Belästigung der Allgemeinheit im Gebiet der Stadt Melle (Gefahrenabwehrverordnung). Die Verordnung wird ortsüblich bekannt gemacht und tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Mit Inkrafttreten der neuen Verordnung tritt die Verordnung vom 25.06.2008 außer Kraft.

**TOP 21 Prioritätenliste für das Gebäudemanagement
Vorlage: 2017/0275**

Frau Tiemann erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Wüsthube teilt mit, dass er die Prioritätenliste befürworte. Es handele sich um ein grundsätzliches Bauprogramm und könne somit im Einzelfall abgeändert werden. Es sei wichtig, auch der Bevölkerung deutlich zu machen, dass jederzeit Änderungen vorgenommen werden können. So sei z. B. bei Gesprächen mit der Schulleitung und dem Schulvorstand der Grundschule Eicken-Bruche klar geworden, dass diese sich schneller als in fünf Jahren eine Verbesserung ihrer Situation wünschen.

Herr Uffmann bemerkt, dass in seiner Fraktion schnell klar geworden sei, dass es sich bei der Prioritätenliste momentan nur um eine Bestandsaufnahme handele. Es gehe derzeit darum, Projekte abzubilden und diese in den nächsten Jahren strukturiert anzugehen. Zudem sei wichtig, dass eine Änderung der Liste nur durch Beschlüsse des Ausschusses für Gebäudemanagement und des Verwaltungsausschusses erfolgen könne. Er unterstreicht, dass die Prioritätenliste im Moment nicht mit der Abbildung des Haushaltes übereinstimme, jedoch in den nächsten Jahren abgeglichen werden solle.

Bürgermeister weist darauf hin, dass es wichtig sei, allen deutlich zu machen, dass nicht alle Maßnahmen gleichzeitig durchgeführt werden können. Verschiebungen hätten Konsequenzen für andere Maßnahmen zur Folge.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die beiliegende Prioritätenliste wird als grundsätzliches Bauprogramm des Gebäudemanagements beschlossen.
2. Die Prioritätenliste wird zukünftig jährlich vor den Haushaltsberatungen im Ausschuss für Gebäudemanagement und im Verwaltungsausschuss beraten und im Rat beschlossen.
3. Werden Veränderungen im laufenden Haushaltsjahr ersichtlich, werden diese grundsätzlich im Ausschuss für Gebäudemanagement, in jedem Fall dem Verwaltungsausschuss, zum Beschluss vorgelegt.

**TOP 22 Bebauungsplan "Rahder Buckrich - östliche Erweiterung",
Melle-Neuenkirchen
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 2017/0289**

Herr Uffmann erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Abwägung wird wie in Anlagen 2 und 3 der Erläuterungen dargestellt beschlossen.
Der Bebauungsplan „Rahder Buckrich – östliche Erweiterung“, Melle-Neuenkirchen wird als
Satzung beschlossen.

**TOP 23 Bebauungsplan "Ortskern Riemsloh - 3. Änderung", Melle-
Riemsloh
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 2017/0290**

Herr Uffmann erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Mittelberg bemerkt, dass im Hinblick auf die Flachdachbegrünung der ursprüngliche, auch im Ortsrat begrüßte Vorentwurf durch eine Ausnahmeregelung ergänzt worden sei. Bei anderen Bebauungsplänen sei der stadtplanerisch und ökologisch zukunftsweisende Passus bzgl. der Flachdachbegrünung jedoch bestehen geblieben. Seiner Meinung nach sei der Grund für die Änderung, dass man sich dort der unbeliebten Maßnahme entziehen wolle. Zukünftig sei es wichtig, klare Formulierungen zu finden.

Herr Wüsthube teilt mit, dass ein Konzept zum Thema „umweltgerechtes Baugebiet“ zu entwickeln sei. Derzeit gebe es unterschiedliche Standards und es sei wichtig, dass die Maßnahmen in den Baugebieten vereinheitlicht würden. Dieses sei das Ziel für das nächste Jahr.

Der Rat der Stadt Melle fasst mehrheitlich mit 37 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgenden

Beschluss:

Die Abwägung wird wie in Anlage 1 der Erläuterungen dargestellt beschlossen.
Der Bebauungsplan „Ortskern Riemsloh – 3. Änderung“, Melle-Riemsloh mit örtlichen
Bauvorschriften wird als Satzung beschlossen.

**TOP 24 Bebauungsplan "An der blanken Mühle", Melle-Buer
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 2017/0296**

Herr Uffmann erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Hunting teilt mit, dass es bei dem vorliegenden Bebauungsplan um eine hervorragende städtebauliche Entwicklung für Buer gehe und es sich um eine sehr attraktive Wohnlage handele. Hervorzuheben sei zudem die Schnelligkeit des Verfahrens. Dafür danke er allen Beteiligten. Da der Bedarf an Baufläche vorhanden sei, bittet er darum, dass es zu einer möglichst schnellen Erschließung komme.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Abwägung wird wie in Anlage 1 der Erläuterungen dargestellt beschlossen. Der Bebauungsplan „An der blanken Mühle“, Melle-Buer mit örtlicher Bauvorschrift wird als Satzung beschlossen.

**TOP 25 Abstufung der K208 - Hoyeler Straße zur Gemeindestraße
Vorlage: 2017/0211**

Herr Trenkler erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle stimmt einer Abstufung der K208 Hoyeler Straße zwischen dem Kreisverkehrsplatz an der L91 und dem südwestlichen Ortsausgang Hoyel auf einer Länge von ca. 1.260 m zu und übernimmt diese in ihre Unterhaltung.

**TOP 26 Bezuschussung der Meller Familienzentren
Vorlage: 2017/0295/1**

Frau Dettmann erläutert die Beschlussvorlage und spricht ihren Dank für die geleistete hervorragende Arbeit in den Familienzentren aus.

Frau Wendelin-Feindt teilt mit, dass ihre Fraktion vorrangig den Landkreis Osnabrück als Ansprechpartner sehe und dort eine Evaluierung stattfinden. Ihre Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag mit einer Bezuschussung bis einschließlich 2017 zu und man werde dann sehen, welche Anträge für 2018 eingingen.

Herr Boßmann bemerkt, dass man zukünftig vermeiden sollte, verspätet über notwendige Zuschüsse für die vergangenen Jahre abzustimmen. Seine Fraktion stimme der vorliegenden Beschlussvorlage zu.

Herr Kruse teilt mit, dass man für 2016 und 2017 nun einen Weg für die Bezuschussung gefunden habe. Man habe auch festgestellt, dass der Landkreis Osnabrück mittlerweile mehr Finanzierungsmittel für die Familienzentren zur Verfügung stelle. Daher müsse nun abgewartet werden, wie die Familienzentren damit umgingen. Ggf. sei in den kommenden Jahren keine Antragstellung nötig. Die Stadt Melle sei die einzige Kommune im Landkreis Osnabrück, welche die Familienzentren bezuschusse. Nun solle abgewartet werden, ob es notwendig sei, dass in den nächsten Jahren weitere Anträge durch die Träger gestellt würden. Bei der Bezuschussung handele es sich um keinen Dauerauftrag.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die vier Meller Familienzentren erhalten einen zusätzlichen Zuschuss wie folgt:

Familienzentrum am Stadtgraben	7.500,00 € für 2016 und 2017
Haus für Kinder und Familien St. Marien	7.500,00 € für 2016 und 2017
Kinderhaus Buer	3.000,00 € für 2017
Montessori- Familienzentrum	3.000,00 € für 2017

Die überplanmäßigen Aufwendungen für das Produkt 365-01 Kindertagesstätten in Höhe von 21.000,00 € für das Haushaltsjahr 2017 werden genehmigt.

TOP 27 Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU/FDP Gruppe und der der SPD-Fraktion zu den Anträgen "Ehrenamt" sowie "zentrale Anlaufstelle für eine umfassende Demenz- und Pflegeberatung" der CDU/FDP Gruppe Vorlage: 2017/0324

Herr Grube erläutert den vorliegenden Antrag der CDU/FDP-Gruppe und der SPD-Fraktion. Herr Wüsthube teilt mit, dass sich die Frage stelle, wo ein solches Ehrenamt-Kompetenz-Büro eingerichtet werden solle, welche Qualifikation das Personal dort haben solle, ob diese Stelle bereits im Stellenplan aufgeführt sei und um welche Entgeltgruppe es sich handle. Er gibt zu bedenken, ob es sich bei den Aufgaben im Gesundheitsbereich tatsächlich um kommunale Aufgaben handle. In Melle seien in diesem Bereich viele andere Gremien und Organisationen tätig. Auch das Familienbüro übernehme viele dieser Aufgaben. Daher sehe er die Notwendigkeit nicht, ein solches Büro einzurichten. Seiner Meinung nach käme es zu einer Doppelstruktur. Es sei nötiger, Personal in anderen Bereichen, wie z. B. im Gebäudemanagement, einzusetzen. Er könne dem Antrag nicht zustimmen und werde sich ggf. der Stimme enthalten.

Herr Boßmann erklärt, dass es bei dem Antrag darum gehe, ein Ehrenamt-Kompetenz-Büro einzurichten und es sei nicht auf eine Zielgruppe gerichtet. Das Ehrenamt in der Stadt Melle solle weiter gefördert und Projekte, die das Gemeinschaftliche betonen, unterstützt werden. Für alle Bereiche, in denen Ehrenamtliche tätig seien, sei das Büro dann Ansprechpartner. Der Gesundheitsbereich wie z. B. Demenz, Parkinson usw. sei nur ein Teil der Aufgaben. Er betont, dass es sich bei der Einrichtung des Ehrenamt-Kompetenz-Büros um ein neues Projekt handle und Wege und Ausgestaltungsmöglichkeiten noch gefunden werden müssen. Er bittet um Zustimmung.

Herr Grube unterstreicht, dass es wichtig sei, das Ehrenamt zu fördern und dieses auch in den Sozialkonferenzen gefordert werde. Um neue Aspekte in die soziale Arbeit einzubringen, benötige man hierfür kompetentes Personal. Er dankt der SPD- und FDP-Fraktion für die gute Zusammenarbeit bei diesem Thema und bittet um Zustimmung.

Frau Thöle-Ehlhardt teilt mit, dass man derzeit durch die Sozialkonferenz beim Thema „Demenz“ in einem Prozess sei, wo notwendige Maßnahmen überprüft würden. Im Moment gebe es dort noch keine Ergebnissicherung. Sie gibt zu bedenken, dass man evtl. zu schnell über eine Stelle nachdenke ohne zu wissen, wie sie gestaltet werden solle, ohne Doppelstrukturen zu schaffen. Sie betont, dass das Ehrenamt wichtig sei, jedoch sollte es Ergebnis der angestoßenen Prozesse sein, um diese nicht zu konterkarieren.

Frau Dettmann betont, dass gerade durch die geplante Stelle verhindert werden könne, dass Doppelstrukturen geschaffen würden. Wichtig sei, die Ergebnisse der Sozialkonferenz einfließen zu lassen und Prozesse zu begleiten. Da das Familienbüro derzeit oft Koordinierungsaufgaben in diesem Bereich übernehme, könne es dort eine Entlastung geben. Zudem sei es für ehrenamtlich Tätige wichtig, einen Ansprechpartner zu haben.

Der Rat der Stadt Melle fasst mit 30 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Wir beantragen, in der Stadt Melle ein Ehrenamt-Kompetenz-Büro einzurichten. Das Büro soll mindestens mit einem halben Personalstellenanteil ausgeführt werden.

Der Aufgabenbereich teilt sich auf in:

- Sicherstellung gesellschaftlicher Teilhabe von Seniorinnen und Senioren im Alltag
- Vermittlung und Vernetzung von Beratungsangeboten für Betroffene und Angehörige bei Demenz, Parkinson u.a. vorwiegend im Alter auftretenden Einschränkungen
- Aufbau von nachbarschaftlichen Unterstützungsstrukturen im gesamten Stadtgebiet
- Beratung von Bürgerinnen und Bürger die sich ehrenamtlich engagieren wollen
- Initiierung von eigenen und Unterstützung vorhandener Projekte zur Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern
- Förderung und Unterstützung eines Dialog der Generationen

**TOP 28 Festsetzung der Abgaben für die Benutzung der Wasserversorgung im Kalenderjahr 2018
Vorlage: 2017/0284**

Herr Lütkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Melle über die Höhe der Abgaben für die Benutzung der Wasserversorgungseinrichtungen für das Kalenderjahr 2018 wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

**TOP 29 Wirtschaftsplan des Wasserwerks für das Jahr 2018
Vorlage: 2017/0285**

Herr Lütkemeyer erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle setzt den Wirtschaftsplan des Wasserwerks für das Jahr 2018 wie folgt fest:

I. Erfolgsplan

Erträge		3.211.800 EUR
Aufwendungen	3.011.000 EUR	
Jahresüberschuss	200.800 EUR	

II. Vermögensplan

Benötigte Mittel	872.000 EUR
Vorhandene bzw. zu beschaffende Mittel	872.000 EUR

III. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der im Wirtschaftsplan zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird hiermit auf 250.000 EUR festgesetzt.

IV. Kreditaufnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 0 EUR festgesetzt.

V. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 50.000 EUR festgesetzt.

VI. Stellenübersicht

Die Stellenübersicht wird in der vorliegenden Form beschlossen.

TOP 30 Wünsche und Anregungen

- Herr Hunting teilt mit, dass seine Fraktion wünsche, dass es bzgl. der Anton-Schlecker-Straße schnell zu einer Umbenennung komme. Er betont, dass die damalige Straßenbenennung gegen den Willen seiner Fraktion zustande gekommen sei. Er unterstreicht, dass niemand in einer Stadt leben möchte, in der das Straßenverzeichnis mit dem besagten Straßennamen beginne. Daher betreffe die Angelegenheit nicht nur Melle-Mitte. Aus der Sicht seiner Fraktion sei der Vorschlag „Am Sandacker“ neutral und nachvollziehbar und er bittet darum, dass sich der Ortsrat Melle-Mitte in seiner nächsten Sitzung mit dem Thema auseinandersetze.

- Herr Wüsthube ergänzt, dass seine Fraktion bereits einen Antrag auf Umbenennung im Ortsrat gestellt habe, als der Prozess vor Jahren begann. Er freue sich, dass die SPD-Fraktion eine Änderung des Straßennamens ebenfalls unterstütze. In der Sitzung des Ortsrates Melle-Mitte im Februar werde dieses Thema diskutiert.

- Herr Marahrens teilt mit, dass der Rat der Stadt Melle zwar eine Empfehlung geben könne, es sich jedoch um eine Entscheidung des Ortsrates Melle-Mitte handle.

- Herr Trenkler bedankt sich bei allen Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehr für die geleistete Arbeit. Er informiert in diesem Zusammenhang, dass die Feuerwehren bereits des Öfteren den Hinweis gegeben hätten, auf die Löschwasserversorgung zu achten. Bei der letzten Bereisung der Gewässerschaukommission in Oldendorf sei festgestellt worden, dass einige Löschteiche in einem desolaten Zustand seien und ihre Funktion nicht mehr erfüllen. Er bittet die Verwaltung, sich um diese Problematik zu kümmern.

- Herr Weßler bittet darum, dass man bei vorab bekannten Änderungen der Tagesordnung diese rechtzeitig in den digitalen zur Verfügung gestellten Unterlagen berücksichtige.

- Frau Wendelin-Feindt weist darauf hin, dass sie den Ausschuss für Bildung und Sport aufgrund der anfallenden Thematiken als überfrachtet sehe und bittet darum, die Tagesordnungen der Sitzungen so zu gestalten, dass es nicht zu außergewöhnlich langen Sitzungen komme. Ggf. sollten schon jetzt zusätzliche Sitzungstermine festgelegt werden, um die Themen vernünftig und konzentriert behandeln zu können.

- Vorsitzender informiert, dass heute zum letzten Mal eine Sitzung des Rates der Stadt Melle unter dem Pächterehepaar Klinger stattfände. Er bedankt sich für die professionelle und zuverlässig Arbeit des Ehepaares Klinger in den letzten Jahren und das dadurch gestiegene Image des Forums am Kurpark in Melle und wünscht eine gesunde Zukunft im Ruhestand.

Vorsitzender dankt allen Anwesenden für das Interesse und schließt die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle.

25.01.2018
gez. M. Stakowski

Vorsitzender
(Datum, Unterschrift)

22.01.2018
gez. R. Scholz

Bürgermeister
(Datum, Unterschrift)

19.01.2018
gez. K. Lehnig

Protokollführerin
(Datum, Unterschrift)